

# FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT ! BEZIRKSKONFERENZ '03

AWO NIEDERRHEIN, 8. 11. 2003, MÜLHEIM AN DER RUHR

## **Mülheimer Erklärung**

# 'Für Soziale Gerechtigkeit' - gegen die Agenda 2010

**und**

## **Positionen der AWO Niederrhein für eine sachgerechtere Diskussion zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**

### **Grundsätzliche Forderungen**

Die AWO Niederrhein hält die Agenda 2010 nicht für geeignet, die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Probleme in Deutschland zu lösen, und fordert die AWO bundesweit auf, gegen die Agenda 2010 Position zu beziehen, um zu verhindern, dass dieser Politikansatz den weiteren Umbau des Sozialstaates prägt.

Die AWO kritisiert den derzeitigen Politikstil der Bundesregierung in der Arbeits- und Sozialpolitik, der "unabweisbare Sachzwänge" definiert und fordert einen breiten gesellschaftlichen Diskurs der offen Vor- und Nachteile einer zukünftigen Gestaltung des Sozialstaates diskutiert.

Die Mülheimer Erklärung benennt Positionen der AWO Niederrhein für diesen Diskussionsprozess.

### **Begründung:**

Auf der Basis des Grundsatzprogrammes der AWO hat im September 2002 die Bundeskonferenz der AWO "Grundsatzpositionen zum aktiven Sozialstaat und zur aktivierenden Sozialpolitik" einstimmig verabschiedet.

Mit diesen Grundsätzen wurden angesichts epochaler Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zur Gestaltung und Erneuerung des Sozialstaates Antworten gegeben, die über den Tag hinausgehen. Dabei sieht die AWO sich in der Pflicht als Anwalt der sozial benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft.

Die derzeitige Politik unter sozialdemokratischer Verantwortung entfernt sich zunehmend vom Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit.

Unter dem Motto: "Entweder wir modernisieren ... oder wir werden modernisiert ...", definiert z.B. die Agenda 2010 "unabweisbare Sachzwänge" für die Gestaltung der Gesellschaft und legt auch für die fachliche und politische Diskussion Prämissen fest, die anscheinend nicht mehr in Frage gestellt werden dürfen.

Die Grundfesten der sozialen Verfasstheit unserer Gesellschaft wurde über Epochen von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten erkämpft. Eine Beseitigung dieser Errungenschaften durch einen Federstrich führt zu einer Verunsicherung der Menschen und schwächt das Vertrauen in unsere demokratische Gesellschaft.

Demokratie und Sozialstaat gehören untrennbar zusammen. Wer in diesem Wirkungsgeflecht einen Teil schwächt, schwächt das gesamte System.

Gerade weil die Agenda 2010 aktuell gesetzgeberisch umgesetzt wird, sieht die AWO die Notwendigkeit, die Prämissen der Agenda 2010 zur Diskussion zu stellen. Wir wollen verhindern, dass der Sozialstaat weiter ausgehöhlt wird.

### **Aus den Grundsatzpositionen der AWO**

*Nur ein vernetzter Ansatz in der Politik kann die zumeist vielschichtigen sozialen und gesellschaftlichen Probleme nachhaltig lösen. Eine soziale und demokratische Politik muss sich allen Kräften und Tendenzen widersetzen, die Integration behindern und die Spaltung der Gesellschaft fördern. Demokratie kann auf Dauer nur bestehen, wenn alle Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligt sind. Mangelnde Verantwortung der Bessergestellten und die Ausgrenzung der sozial Schwachen sind zwei Seiten eines gesellschaftlichen Zerfall-Prozesses und eine Gefahr für unsere Demokratie.*

### **Aus der Agenda 2010**

#### ***“Der herkömmliche Sozialstaat ist nicht mehr bezahlbar“***

*Wir müssen aber Änderungen bei den sozialen Sicherungssystemen vornehmen, um die zunehmende Schieflage zwischen Ausgaben und Einnahmen zu beseitigen. (Agenda S. 14)*

### **Dem setzt die AWO entgegen**

#### ***“Die Diskussion über die Zukunft des Sozialstaates erfordert sachgerechte Grundlagen“***

Eine objektivierbare Grundlage bietet die Sozialleistungsquote, die das Verhältnis zwischen Sozialausgaben und Bruttoinlandsprodukt ausdrückt. Die Sozialleistungsquote betrug 1974 31,6% im Jahr 2001 lag sie bei 32,9%.

Ausschlaggebend für die politischen Entscheidungen über die Qualität und Quantität des Sozialstaates muss die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sowie die im Grundgesetz verankerte Würde des Menschen sein.

### **Aus den Grundsatzpositionen der AWO**

*Das Sozialstaatsprinzip beinhaltet Schutzfunktion und einen gesellschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsauftrag. Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen mit einer sozial gerechten Weiterentwicklung des aktiven Sozialstaates beantwortet werden.*

## **Aus der Agenda 2010**

### ***“Soziale Leistungen sind unproduktiv und wertverzehrend”***

*Die Fortschritte und Entlastungen unserer Steuerreform sind in den letzten Jahren zum Teil vom Anstieg der Sozialausgaben aufgezehrt worden.* (Agenda, S. 16)

## **Dem setzt die AWO entgegen**

### ***“Soziale Leistungen sind Zukunftsinvestitionen”***

Soziale Leistungen, Dienste und Einrichtungen sind als Zukunftsinvestitionen in eine nachhaltige Überlebens- und Konkurrenzfähigkeit moderner Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zu verstehen. Ohne sie wäre die hohe Produktivitätsrate und Standortqualität der Bundesrepublik nicht denkbar.

Außerdem sind die Dienste und Leistungen des Gesundheits- und Sozialsektors als adäquate Angebote für typische Bedarfslagen in entwickelten Gesellschaften zu begreifen, in denen tendenziell eine zunehmende Sättigung mit Konsumgütern beginnt.

Personenbezogene soziale Dienstleistungen müssen in ihrer enormen beschäftigungspolitischen Bedeutung wahrgenommen werden, da sie in der Regel nur schwer rationalisierbar sind, also typischerweise arbeitsexensive Tätigkeitsfelder bieten.

Die Investitionen und laufenden Ausgaben für soziale Dienste und Einrichtungen sind wertschaffend bzw. wertschöpfend, d.h. sie erbringen immaterielle und materielle am Markt plazierte Leistungen mit Gegenleistungen. Sie tragen überdies zur Reproduktion des Faktors "Arbeit" sowie zur Standortqualität bei.

Außerdem ist beschäftigungspolitisch zu konstatieren, dass der Sektor "Wohlfahrtspflege / Gesundheits- und Sozialwesen" mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bietet, als der Maschinenbau, die EDV-Branche und der Kfz-Sektor zusammen.

Während das Gesundheits- und Sozialwesen zwischen 1998 und 2001 um 4,7% expandierte, lag die Steigerung im Maschinenbau nur bei 0,8% bzw. in der Chemischen Industrie war sogar ein Rückgang von 2,5% zu verzeichnen.

## **Aus den Grundsatzpositionen der AWO**

*Als "dritter Sozialpartner" und wichtige Gestaltungskraft für die Sozial- und Lebensräume der Menschen übernehmen Verbände gesellschaftliche Kernfunktionen.*

## **Aus der Agenda 2010**

### ***“Soziale Rechte sind bisher nicht mit angemessenen Pflichten verbunden”***

*Es geht um ein neues Gleichgewicht von Rechten und Pflichten, von Fördern und Fordern.* (Agenda S. 14)

## **Dem setzt die AWO entgegen**

### ***“Es ist eine faire Balance von Rechten und Pflichten herzustellen”***

Das Konzept “Fördern und Fordern” muss als gegenseitiger Pflichtenkatalog für Leistungsempfänger und Leistungserbringer verstanden werden. Der Staat sollte verpflichtet sein, den Bürgerinnen und Bürgern, einen einklangbaren Rechtsanspruch auf angemessene Angebote zur Beschäftigungsförderung einzuräumen. Solange die Beschäftigungs- bzw. Arbeitsförderung im SGB III und BSHG eine Ermessungsleistung bleibt, die je nach Kassenlage gewährt oder verweigert wird, ist das Konzept “Fördern und Fordern” einseitig und unehrlich.

Eine Umkehr der Beweislast beim Nachweis der Arbeitsbereitschaft auf den bedürftigen Menschen wird abgelehnt.

Die Annahme fehlender restriktiver Pflichten im bisherigen Leistungsrecht zeugt von tiefer Ignoranz der geltenden Vorschriften, so z.B. §§ 60 ff. SGB I: Mitwirkungspflichten; § 66 SGB I: Folgen fehlender Mitwirkung; § 2 SGB III: Verpflichtung der Arbeitnehmer zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit; § 121 SGB III: Zumutbare Beschäftigungen“ §§ 144 ff. SGB III: Sperrzeiten; § 147 SGB III: Erlöschen des Leistungsanspruchs; § 1 BSHG: Mitwirkungsgebot; § 18BSHG: Verpflichtung zum Einsatz der Arbeitskraft; § 20 BSHG: Prüfung der Arbeitsbereitschaft; § 25 BSHG: Einschränkung und Ausschluss von Leistungen bei fehlender Arbeitsbereitschaft etc.

## **Aus den Grundsatzpositionen der AWO**

*Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium darf sich nicht auf Pflichtarbeit beschränken, die undifferenziert mit der Ausgrenzung vermeintlich Arbeitsunwilliger aus der Solidargemeinschaft droht, und die damit zu lösenden gesellschaftlichen Problemstellungen endgültig manifestiert.*

## **Aus der Agenda 2010**

### ***“Die steigenden Lohnnebenkosten gefährden die Beschäftigung und sind für Arbeitnehmer kaum mehr zumutbar”***

*Die Sozialversicherungsbeiträge haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer hohen Belastung geworden sind und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, Beschäftigung zu schaffen.* (Agenda S.23)

## **Dem setzt die AWO entgegen**

### ***“Der Produktivitätsfortschritt ist als Chance für eine moderne soziale Gesellschaft zu nutzen”***

Die im Weltmaßstab führende Produktivität unserer Wirtschaft ist auf der Grundlage unseres jetzigen Gesellschafts-, Wirtschafts-, und Sozialsystems entstanden. Diese Chance gilt es, für die Entwicklung einer modernen sozialen Gesellschaft zu nutzen.

Die AWO fordert, zukünftig nicht nur den Faktor Arbeit, sondern auch den Produktivitätsfortschritt in die Finanzierung der sozialen Systeme einzubeziehen.

Deshalb dürfen bei einer zukünftigen Diskussion nicht nur die Lohnnebenkosten gesehen werden, sondern es müssen auch die Lohnstückkosten Gegenstand der Betrachtung sein.

Die Lohnstückkosten sind von 1975 bis 1999 durch einen erheblichen Produktivitätszuwachs um 6,2% gesunken. Im internationalen Vergleich steht die BRD hier sehr gut da.

### **Aus den Grundsatzpositionen der AWO**

*Um die Aufgaben des aktiven Sozialstaates und der aktivierenden Sozialpolitik erfüllen zu können, bedarf es neuer Regelungen zur Finanzierung der sozialstaatlichen Institutionen.*

### **Aus der Agenda 2010**

#### ***“Vollbeschäftigung ist durch Politik herstellbar“***

*“Unser Ziel bleibt der Abbau der Massenarbeitslosigkeit und das Erreichen der Vollbeschäftigung“  
(Agenda S. 20)*

### **Dem setzt die AWO entgegen**

#### ***“Billigjobs führen zu einer dauerhaften Verarmung von Beschäftigten“***

Die Politik muss erkennen, dass eine klassische Vollbeschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt angesichts des systematisch abnehmenden Beschäftigungsvolumens tendenziell immer schwieriger erreichbar ist.

Es ist zu verhindern, dass eine Vollbeschäftigung neuen Typs immer stärker zu prekären Arbeitsverhältnissen (Mini-Jobs, ICh-AG's) führt, wie dies derzeit durch das Hartz-Konzept verfolgt wird.

Wir fordern stattdessen dauerhafte Strukturen eines öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarktes, der Strukturpolitik mit Sozialpolitik systematisch verbindet. In dem den irreversibel ausgegrenzten Personengruppen tariflich geregelte Beschäftigung im Bereich gesellschaftlich notwendiger Aufgabenfelder angeboten wird, die Wertschöpfung und Ertragsorientierung sinnvoll kombinieren.

Solange der Staat nicht selbst Beschäftigung schafft, kann er in der Marktwirtschaft diese nur mittels indirekter Instrumentarien beeinflussen (z.B. durch Geld- oder Steuerpolitik, öffentliche Auftragsvergabe). Mit der zunehmenden Vernetzung der Volkswirtschaften (Globalisierung), sind die nationalstaatlichen Einflüsse noch geringer geworden. In der Logik rationalen renditeorientierten Wirtschaftens liegt es, den (relativ teuren) Faktor "Arbeit" durch den (relativ flexiblen) Faktor „High-Tech-Kapital“ zu ersetzen; dies führt im Trend zur sukzessiven Reduktion des Beschäftigungsvolumens in der entwickelten Volkswirtschaft – so in der BRD zwischen 1991 und 2002 um 8%.

### **Aus den Grundsatzpositionen der AWO**

*Im Sinne eines aktiven Sozialstaates und einer aktivierenden Sozialpolitik darf auch keine Abschiebung in prekäre Beschäftigung erfolgen, da man die sozialen Problemlagen von morgen vorprogrammiert; z.B. in den Systemen der gesetzlichen Sozialversicherung und Sozialhilfe.*